„Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit: Wie positioniert sich Frankreich?“

Begleitend zu den von den EU-Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen engagiert sich **die Europäische Kommission zunehmend im Kampf gegen den Klimawandel, um das von der Europäischen Union erklärte Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.** Der europäische „Green Deal“, zu dem sich die 27 Mitgliedstaaten verpflichtet haben, sieht zum einen **strengere Normen** und zum anderen **Anstöße zu Initiativen** vor, die darauf abzielen, „die klimatischen und umweltpolitischen Herausforderungen in allen Politikbereichen als Chance zu nutzen“. **Die Umsetzung des Green Deals wird sich unweigerlich auf die Unternehmen auswirken**: Einerseits müssen sie sich anpassen und investieren, andererseits können sich ihnen hierdurch Entwicklungsperspektiven eröffnen, sofern sie sich gut zu positionieren wissen.

Die Deutsch-Französische Industrie- und Handelskammer wollte dieser Frage durch eine Meinungsumfrage ihrer Mitglieder auf den Grund gehen. Hier nun stellt sie die Ergebnisse ihrer diesjährigen zweiten **Blitzumfrage** zum Thema „Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit: Wie positioniert sich Frankreich?“ vor. Die zwischen dem 12. Mai 2021 und 4. Juni 2021 unter einer Auswahl ihrer Mitglieder durchgeführte Umfrage richtete sich vornehmlich an **große deutsche und französische Unternehmen, die zu den wichtigen Akteuren der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zählen**.

Die Auswertung der Umfrageergebnisse zeigt, dass die **Energiewende und die damit einhergehenden neuen Regelungen vor allem als Chance** von den deutsch-französischen Unternehmen begriffen werden. Zwei Faktoren scheinen allerdings die Bereitschaft der Unternehmen zu dämpfen, zur Verringerung ihres ökologischen Fußabdrucks in neue Technologien zu investieren: eine **als zu schwach empfundene staatliche Unterstützung** sowie ein gewisser **Mangel an Sicherheit, was den langfristigen Fortbestand der ihnen gebotenen Rahmenbedingungen anbelangt**.

I. Die Energiewende: eine Herausforderung, die Unternehmen auf den Plan ruft

Mit der Energiewende wird bezweckt, ein zuverlässiges und zugleich nachhaltiges und umweltfreundliches Energiemodell einzuführen, das in der Lage ist, den Herausforderungen der Energieversorgung, der Preisentwicklung und der Ressourcenverknappung effizient zu begegnen. Sie ist durch technologische Innovationen voranzutreiben, die es den Unternehmen ermöglichen, den ihnen auferlegten neuen ökologischen Normen ohne allzu viele Einschränkungen Rechnung zu tragen.

Unserer Umfrage zufolge scheinen diese neuen Normen die deutsch-französischen Unternehmen nicht abzuschrecken, da **94 % der französischen Befragten und 71 % der deutschen Befragten der Ansicht sind, dass die Energiewende und die damit verbundenen neuen Regelungen in erster Linie eine Chance für ihr Unternehmen darstellen.**

Diese Wende erfordere zwar Investitionen, um die neuen Normen so gut wie möglich erfüllen zu können, doch seien die Unternehmen ihrer Meinung nach hinreichend gewappnet. **65 % der befragten französischen und 43 % der befragten deutschen Unternehmen beabsichtigen, in neue Technologien der Energiewende zu investieren. In Frankreich ist es der Gebäudesektor**, der von den im Zuge der Energiewende gebotenen neuen Möglichkeiten am meisten profitiert. Die Mehrheit der Mitglieder plant die energetische Sanierung von Gebäuden in Anpassung an die neuen Auflagen, sei es durch: „Installieren von Solarzellenpanels“, „Sammeln von Regenwasser“ oder die „Anschaffung einer Heiz- und Kältezentrale“. Lauter Maßnahmen, die dazu beitragen werden, ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Ferner bekunden die deutsch-französischen Unternehmen ihre Absicht, **hinsichtlich der Konstruktion ihrer Produkte einen ökologischen Ansatz verfolgen zu wollen**, indem sie „in die Modernisierung ihrer Maschinen und Werkzeuge investieren“ und „Abfall recyceln“.

Diese Investitionen kommen ebenfalls in „Business“-Projekten zum Tragen: 82 % der französischen Befragten erwägen die **Entwicklung eines eigenen Produkts bzw. einer eigenen zur Energiewende beitragenden Lösung.** Der digitale Sektor ist ein Bereich, in dem die Mitglieder innovieren möchten, indem sie beispielsweise digitale Dienste fördern, um Dienstreisen und den Personenverkehr einzuschränken sowie um leistungsstarke und weniger Strom verbrauchende Softwareprogramme zu nutzen. **Transport und Mobilität** ist ein weiterer Sektor **im Fokus der Unternehmen**, die neue Energiequellen nutzen möchten, indem sie von **„emissionsarmen Transportmitteln“** durch den „Einsatz von Elektromotoren“ und die „Erneuerung ihres Fahrzeugparks“ Gebrauch machen, um insbesondere bei den Lieferungen ihren CO_2-Fußabdruck zu verringern. All diese Investitionen machen technologische Innovationen erforderlich, die wiederum Arbeitsplätze generieren.

Unter dem Strich wird die Energiewende demnach als vorteilhaft für Unternehmen wahrgenommen, die darin **neue Entwicklungsperspektiven erkennen**. Das Bestreben der Unternehmen, durch Investitionen in nachhaltigere Technologien ihre CO_2-Belastung so weit wie möglich zu reduzieren, scheint ein von der großen Mehrheit der Mitglieder der deutsch-französischen Industrie- und Handelskammer angestrebtes Ziel zu sein. Allerdings wird diese Motivation mitunter durch einige Erschwernisse getrübt, die von den Mitgliedern anlässlich der Umfrage hervorgehoben wurden.

II. Eine Dynamik, die mangels Unterstützung gebremst werden könnte

Auch wenn die Wende großen Anklang findet, birgt sie doch für die Unternehmen, die sich neuen Regeln unterziehen müssen, tiefgreifende Veränderungen. Tatsache aber ist, dass **47 % der französischen und 60 % der deutschen Befragten meinen, dass Frankreich die Unternehmen** bei der Umsetzung dieser Energiewende **„nicht ausreichend unterstützt“**.

Die Mehrheit der Befragten ist zwar der Auffassung, dass **die Energiewende kein Hindernis für den Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit darstellt**, und ist dem **Europäischen Klimagesetz gegenüber sehr positiv eingestellt.** Doch sie verweisen auf den Umstand, dass **die Regierung sie nicht ausreichend** bei diesem Wandel unterstützt, der sich angesichts des **enormen Investitionsaufwands** mitunter als recht schwierig erweist: „Die industriellen Auflagen erscheinen streng und die Umsetzung der geforderten Änderungen zu schnell im Verhältnis zu den gebotenen Finanzierungsprogrammen“, bedauert ein Befragter, der mit seiner Meinung die Ansicht vieler anderer vertritt.

Die für den Verkehrssektor aufgebrachten Beihilfen werden von den Mitgliedern als unzureichend angesehen. Sie weisen darauf hin, dass „**es zur Marktkonzentration und Gefährdung des Sektors durch ausländische Konkurrenz kommen kann, sollte Frankreich diesen Sektor nicht ausreichend fördern“.** Die Energiewende wird als langfristiger Prozess angesehen, der eine solide finanzielle Unterstützung erfordert, um eine Anpassung der Unternehmen zu ermöglichen, die nicht ihre Geschäftstätigkeit gefährdet. Als Beispiel führen die Befragten die Tatsache an, dass „die Mehrkosten für die Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge immer noch nicht durch Sonderabschreibungen oder Kraftstoffeinsparungen abgefangen werden (...) und Subventionen nicht in allen Regionen existieren“. Die **fehlende langfristige Sicherheit in Bezug auf den Fortbestand der Beihilfen** scheint ein weiteres Hindernis für die Unternehmen zu sein, die betonen, dass sie mehr langfristig angelegte Sicherheit benötigen, um die wichtigsten Umstellungen im Zuge der Energiewende strategisch anzugehen.

So fehlt es den deutsch-französischen Unternehmen ganz offensichtlich nicht an gutem Willen, wenn es darum geht, den neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Energiewende zu begegnen. Die Deutsch-Französische Industrie- und Handelskammer befürchtet jedoch, dass die in Frankreich tätigen Unternehmen durch die Energiewende finanziell benachteiligt werden und sich somit der Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit in Frankreich (oder sogar europaweit) weniger schnell und bereitwillig entwickelt. Sie ist der Ansicht, dass diese Unternehmen mehr Unterstützung benötigen, und möchte die Aufmerksamkeit der französischen öffentlichen Hand sowie der europäischen Behörden auf die Schwierigkeiten lenken, mit denen die Unternehmen konfrontiert sind.